

Main-Kinzig als politisches Schwergewicht



Von Jörg Andersson

Entwurf für den neuen Bundestagswahlkreis liegt vor / Lösung ohne Fulda, aber mit Schotten

Fünfzehn Monate nach Vorlage der ersten Entwürfe für die Neueinteilung der Bundestags-Wahlkreise kündigt sich auf politischer Ebene in der Region eine klassische Gebietsreform an. Der zusätzliche Wahlkreis, den das Land Hessen aufgrund seiner Einwohnerzahl erhält, ist im Wesentlichen als Spiegelbild der Altkreise Gelnhausen, Schlüchtern und Büdingen konzipiert.

Das jetzt zur Beratung und Abstimmung in Bundestag und Bundesrat vorgelegte Gebilde verleiht dem einwohnerstärksten Landkreis Hessens deutlich mehr politisches Gewicht. 15 von 24 Kommunen gehören in das Einzugsgebiet des Main-Kinzig-Kreises, der bisher bei Bundestagswahlen dreigeteilt war. Mit Birstein, Schlüchtern, Sinnatal und Steinau zählten vier Kommunen zum konservativ geprägten Wahlkreis Fulda.

Brachtal, Bad Soden-Salmünster und Wächtersbach wurden gar mehrfach verschoben und 2003 der Wetterau zugeschlagen.

Für die Bundestagswahl im Herbst 2013 standen zuletzt noch zwei Varianten zur Diskussion, wonach auch mehrere Kommunen aus dem Landkreis Fulda oder dem Vogelsberg dem künftigen Wahlkreis 175 hätten zugeordnet werden können. Am Ende bleibt es bei Schotten. Dafür gab es im Westen noch Korrekturen: Altenstadt und Freigericht wechseln in den neuen Abstimmungsbezirk, in dem mehr als 150 000 Einwohner aus dem Main-Kinzig-Kreis gebündelt sind.

Von einer „positiven Entwicklung und politischen Aufwertung der Region“ hatte Landrat Erich Pipa (SPD) schon im Sommer 2010 gesprochen. Hintergrund: Durch die neue Konstellation eröffnet sich vor allem den beiden großen Volkspartien die Chance, den Main-Kinzig-Kreis in Berlin künftig im optimalen Fall mit vier Repräsentanten vertreten zu können. Bisher sind neben dem direkt gewählten Peter Tauber (CDU) Sascha Raabe (SPD) und der Linke Werner Dreibus über die Liste in den Bundestag eingezogen. Im neuen Wahlkreis Main-Kinzig-Wetterau II-Schotten, wie er im Entwurf heißt, rechnen sich vor allem die Sozialdemokraten gute Chancen aus. Der Main-Kinzig-Unterbezirksvorsitzende André Kavai bezeichnete die neue politische Landkarte für die Bundestagswahlen als „absolut positiv“. Etwas zurückhaltender kommentierte es der CDU-Kreisverbandsvorsitzende Peter Tauber. Immerhin orientiere sich der Zuschnitt an regionalen Räumen und Identitäten, wie die Diskussion um alte Autokennzeichen zeige, in der sich ein deutliches Interesse für die Wiedereinführung von „GN“, „SLÜ“ oder „BÜD“ abzeichne.

Vor allem im SPD-Unterbezirks und im CDU-Kreisverband Main-Kinzig dürfte die neue Wahlkreisvorlage bei allen Vorbehalten bis zur endgültigen, rechtsverbindlichen Fassung Personaldiskussionen entfallen. Wer könnte für die SPD antreten? Spekuliert der 2005 im alten Wahlkreis knapp unterlegene Heiko Kasseckert (CDU) eventuell auf eine zweite Chance?

Bisher erfolgte die Kandidatenauswahl über die Delegierten. Bei der Main-Kinzig SPD könnten sich die Vorzeichen bereits bei der Mitgliederversammlung am 27. Januar im Bürgerhaus Wächtersbach ändern. Parteichef Kavai will dann das Wahlrecht für jedes Mitglied zur Abstimmung stellen.

neuer wahlkreis

Zur Bundestagswahl 2013 wird in Hessen ein 22. Wahlkreis gebildet.

Dieser neue Wahlkreis entsteht im Schnittpunkt der Wahlkreise Wetterau (177), Hanau (180) und Fulda (175), weil diese erheblich vom statistischen Bevölkerungsdurchschnitt im Bund abweichen, der mit 249 818 fixiert ist.

Die im Wahlkreis identisch abgebildete Wetterau lag zuzüglich der drei Main-Kinzig-Kommunen Brachtal, Bad Soden-Salmünster und Wächtersbach zuletzt um 21,5 Prozent über der Messzahl. Ab 25 Prozent ist eine Neuabgrenzung gesetzlich gefordert.

Der Wahlkreis Hanau (180) übertraf die Bevölkerungsmarke um 19,1 Prozent, der Kreis Fulda um 17,6 Prozent.

Der neue Wahlkreis 175 umfasst Bad Orb, Bad Soden-Salmünster, Biebergemünd, Birstein, Brachtal, Flörsbachtal, Freigericht, Gelnhausen, Gründau, Jossgrund, Linsengericht, Schlüchtern, Sinnatal und Steinau. Dazu kommen Altenstadt, Büdingen, Gedern, Glauburg, Hirzenhain, Kefenrod, Limeshain, Ortenberg sowie Schotten.

Erste Lesung für den Entwurf im Bundestag war am Donnerstag, 19. Januar. Weitere mit Abstimmung folgen eine Woche später. Termin im Bundesrat ist Freitag, 2. März. Rechtswirksam ist die Wahlkreisneueinteilung nach Veröffentlichung im Bundesgesetzblatt. (jan.)